

Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Rom und Cinti Union e.V. (RCU) anlässlich der Europawahl 2019



Weshalb sollen in Deutschland lebende Sinti und Roma ihnen ihre Stimme geben?

Wir GRÜNE stellen mit Romeo Franz den ersten Sinto im Europäische Parlament. In seiner bisherigen Amtszeit hat er sich für die Rechte der Menschen mit Romno-Hintergrund stark gemacht und möchte diese Arbeit fortführen. Sein Ziel ist es, dass Menschen mit Romno-Hintergrund gleiche Chancen in allen Lebensbereichen bekommen und dass sich ihre Lebenssituation in ganz Europa tatsächlich verbessert.

Wie würden Sie die Ratifizierung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, sowie alle weiteren Übereinkünfte und Empfehlungen des COE und der EU zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma in Europa umsetzen wollen?

Menschen mit Romno-Hintergrund sind heute in vielen EU-Staaten eine anerkannte nationale Minderheit. Rechtliche Grundlagen für ihren Schutz bildet die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten, sowie die Europäische Grundrechtecharta. Trotz dieser rechtlichen Grundlagen, die den Minderheiten eine volle und effektive Gleichheit in allen Bereichen des ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens sichern sollen, sieht die Realität in den EU-Mitgliedstaaten oft anders aus. Grund hierfür ist der steigende Nationalismus und Rassismus bis in die politischen Eliten sowie Regierungen, wie wir sie in Italien und Ungarn beobachten können. Aber auch massive Korruption wie zum Beispiel in Rumänien bilden einen Nährboden für Rassismus und Antiziganismus. Daher sind die Verteidigung und der Schutz der Grundrechte essentiell. Die Gründung der EU-Staatsanwaltschaft sehen wir als Meilenstein für die Korruptionsbekämpfung. Die EU muss die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit mit allen Mitteln verteidigen und effektive Sanktionsmechanismen gegen Verstöße entwickeln. Dafür wollen wir GRÜNE uns im Europäischen Parlament weiter starkmachen.

Wie gedenken Sie, den noch immer vorherrschenden Antiziganismus zu bekämpfen?

Antiziganismus ist die Hauptursache dafür, dass Menschen mit Romno-Hintergrund keine gleichen Chancen und Teilhabe in der Gesellschaft erfahren. Der Antiziganismus muss auf allen Ebenen bekämpft werden, denn er ist das Ergebnis struktureller Ausgrenzung und die Folge von institutionellem Rassismus. Erst wenn er auf allen politischen Ebenen und in der Mehrheitsgesellschaft als Hauptproblem erkannt wird, kann eine Bekämpfung effektiv stattfinden und Maßnahmen und Inklusionsprojekte erfolgreich werden. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die Politik, aber auch die Medien für dieses Thema sensibilisiert werden; denn leider ist auch die Berichterstattung oftmals selbst antiziganistisch.

Wie würden Sie die Aufklärung über die Geschichte und den NS-Holocaust an den Roma und Sinti in den Schulplänen voranbringen wollen?

Wissen über die Geschichte ist essentiell, um jeglichen Ausgrenzungstendenzen vorzubeugen. Daher ist es wichtig, die Vermittlung der Geschichte der Menschen mit Romno-Hintergrund in die Unterrichts-Curricula zu integrieren. Zwar zählt der Bildungsbereich als Länderkompetenz, aber durch Staatsverträge, wie dem zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Landesverband der Sinti und Roma, hat das Kultusministerium sich verpflichtet, die Vermittlung von Kenntnissen der Menschen mit Romno-Hintergrund in den Schulen auszubauen. Dieses Modell dient nun auch in

anderen Bundesländern als Vorbild. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass dieses Modell sowohl auf der Bundesebene als auch auf europäischer Ebene als Beispiel dient.

Wie wollen Sie die EU-Strategie 20/20 für in Deutschland lebende Sinti und Roma umsetzen?

Bisher stehen wir vor der Problematik, dass die deutsche Bundesregierung den Standpunkt vertritt, dass weder die deutschen Sinti und Roma, noch die zugewanderten Roma einer spezifischen nationalen Integrationsstrategie bedürfen, obwohl deutsche als auch zugewanderte Sinti und Roma in nahezu allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens massiv benachteiligt werden. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die EU-Kommission den Druck auf Deutschland erhöht und dass dadurch diese Blockadehaltung aufgelöst wird. Gemeinsam mit NGOs und zahlreichen Vertretern von Menschen mit Romno-Hintergrund möchten wir auf europäischer und nationaler Ebene Missstände publik machen und aufklären. Damit können wir den Weg ebnen für eine neue und funktionierende EU-Inklusionsstrategie ab 2020.

Welchen Druck können Sie ausüben, um die Fluchtursachen und die Verfolgung der Roma in deren Herkunftsländern zu thematisieren?

Unser Abgeordneter Romeo Franz möchte seine Anstrengungen fortführen, die er begonnen hat: In seiner Zeit als Europaabgeordneter hat er Reisen dorthin unternommen, wo Menschen mit Romno-Hintergrund in besonders prekären Verhältnissen leben. Wir GRÜNE legen die Finger sprichwörtlich in die Wunde und werden diese Missstände und dieses Elend öffentlich machen und diejenigen zur Verantwortung ziehen, die diese Verhältnisse dulden oder gar fördern. Wir wollen aufklären, dass die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen mit Romno-Hintergrund das Ergebnis von massiver und jahrhundertelanger Diskriminierung und von Antiziganismus in den Herkunftsländern ist. Diese Situation treibt die Menschen zur Flucht. Um positiv auf eine Verbesserung der Lage der Menschen mit Romno-Hintergrund im Westlichen Balkan einzuwirken und die Zwangsmigration oder Flucht dieser Menschen einzudämmen, müssen die nationalen Politiken der Mitgliedsstaaten sowie die europäische Ebene den Antiziganismus als Problem anerkennen. Zudem müssen sowohl die EU als auch die einzelnen Regierungen der Mitgliedsstaaten den politischen Druck auf die Regierungen der Länder im Westbalkan erhöhen und sie mit fachlichen und finanziellen Mitteln bei der Bekämpfung von Antiziganismus unterstützen.

Wie beabsichtigt ihre Partei, dass in Deutschland lebende Sinti und Roma ebenso denen in Deutschland lebenden Juden, auf Grundlage der gemeinsamen NS-Verfolgungsgeschichte, gleichgestellt werden?

Hunderttausende Menschen mit Romno-Hintergrund wurden während des Nationalsozialismus Opfer des entsetzlichen Völkermordes. Sie wurden systematisch verfolgt, deportiert und ermordet. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass Verbrechen, wie sie während der Nazi-Herrschaft geschahen, nie wieder geschehen können, nirgendwo. Daher wollen wir Diskriminierung und Rassismus aller Art mit allen Mitteln bekämpfen. Dazu gehören selbstverständlich auch die viel zu spät erfolgte Anerkennung des Völkermords sowie würdige Entschädigungsmaßnahmen für alle Verfolgten.

Wie beabsichtigt ihre Partei ähnliche Verantwortung, für Roma und Sinti, sicher zu stellen, wie in dem gegebenen Versprechen der Bundesrepublik gegenüber dem jüdischen Staat Israel?

Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für Menschen mit Romno-Hintergrund. Daher versteht es sich von selbst, dass der besondere Schutzstatus, der Angehörigen der Minderheit zukommt, nicht bloß eine leere Worthülle sein darf. Es ist wichtig, dass die Aufarbeitung der Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma in der Erinnerungskultur, in Schulunterricht und Medien angemessenen Raum erhält, aber nicht darauf beschränkt bleibt. Vielmehr müssen eindeutige Bezüge zur aktuellen Situation hergestellt und muss der strukturellen Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegengetreten werden. Die besondere historische Verantwortung Deutschlands muss auch für zugewanderte Menschen mit Romno-Hintergrund gelten. Sie müssen Zugang zu Beratung, Förderung und Maßnahmen gegen Diskriminierung haben. Hier muss ein Schwerpunkt der Antidiskriminierungspolitik in Deutschland gesetzt werden.

Wie könnten Sie zur Verbesserung der Lebenssituation der Sinti und Roma in Deutschland beitragen?

Neben den erforderlichen Maßnahmen zur Rassismusbekämpfung muss das Bildungsangebot für jugendliche und erwachsene Menschen mit Romno-Hintergrund verbessert werden. Dies betrifft Fördermaßnahmen für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Ein konkretes Beispiel wäre die Initiierung eines EU-Bildungsfonds, der strukturell diskriminierte Menschen unterstützen und ihre formellen Bildungsdefizite aufholen soll, in Deutschland, aber auch EU-weit. Solch ein Fonds sollte auch nichtakademische Bildung und Ausbildung unterstützen. Damit er ein Erfolg wird, müssen Fördergelder der EU einfacher zugänglich gemacht werden. Hierüber haben wir Gespräche mit den zuständigen EU-Kommissaren geführt, die es begrüßen, dass wir Grünen einen Abgeordneten stellen, der den Zugang und die Netzwerke zu den Betroffenen in Europa hat.